

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der S. Württembergischen Buchdruckerei (Inhaber D. Strauß) für die Schriftleitung verantwortlich D. Strauß in Neuenbürg.

Nr. 255

Neuenbürg, Dienstag den 2. November 1920.

78. Jahrgang.

Deutschland.

Stuttgart, 1. Nov. Landtagsabgeordneter Varnholt hat im Landtag folgende kleine Anfrage eingebracht: Beim Verkauf von Dorengut war es gestattet, Kriegsanleihen in Zahlung zu geben. Es ist aber festgestellt, daß Beamte der Kriegsverwertungsstellen eigene und aufgekaufte Kriegsanleihen mit dem eingegangenen Bargeld umgetauscht haben, um sich den Kursgewinn zu sichern. Durch derartige Kraftbare Handlungen haben sie sich zu Unrecht bereichert. Ist das Staatsministerium bereit, darauf hinzuwirken, daß bei sämtlichen Kriegsverwertungsstellen eine strenge Nachuntersuchung angestellt wird?

München, 1. Nov. Der ehemalige Reichswehrsoldat Döbler, der durch seine abenteuerlichen Erzählungen bekannt geworden ist, wurde von der Münchener Polizei verhaftet. Der belgische Spion Fracœur wurde in dem Fraktionszimmer der Unabhängigen gleichfalls festgenommen und zwar auf Veranlassung der Entente-Kommission, in deren Dienst er stand. Der parlamentarische Ausschuss befragte die weitere Untersuchung der Angelegenheit auf nächsten Mittwoch.

Dresden, 31. Okt. Der sächsische Arbeitsminister Schwarz ist von einer zweiwöchentlichen Reise nach Holland und Belgien zurückgekehrt. Seine Reise hatte den Zweck, der sächsischen Industrie Arbeit zu schaffen. Der Minister war mit Holländern, Belgiern und Franzosen in Verbindung getreten. Die Aussichten für Auslandsaufträge nach Sachsen sind nicht ungünstig. In Köln soll eine Zusammenkunft zwischen belgischen, holländischen und sächsischen Sachverständigen stattfinden.

Berlin, 30. Okt. Im Reichstagsausschuß des Reichstags dürfte man sich dahin, am Donnerstag der nächsten Woche um 3 Uhr wieder eine Plenarsitzung abzuhalten. Man hofft in dieser Sitzung die politische Aussprache beenden zu können. Die nächste folgende Woche vom 7. bis 14. November soll ganz frei bleiben. Auf polnisches Ersuchen werden die deutsch-polnischen Verhandlungen über ein Wirtschaftsabkommen wieder aufgenommen werden.

Parteitag der deutschen Volkspartei Württembergs.

Die Deutsch. Volksp. Württembergs hielt am Sonntag in Tübingen ihre Landesversammlung. Einen breiten Raum nahm die Besprechung der Tagesordnung ein. Bei der Versammlung im Schilleraal des Musikums sprach Reichstagsabgeordneter v. Kardorf. Bei Behandlung der innerpolitischen Fragen richtete der Redner eine scharfe Abfrage an die Sozialisten, doch wolle man den berechtigten Wünschen der Arbeiter und Angehörigen durch Gewinndeteilung entgegenkommen, allerdings nicht auf Kosten der notwendigen Ordnung und Unterordnung in den Betrieben.

Landtagsabgeordneter Vides gab ein Referat über die Landespolitik. Im Wahlkampf und in den Parlamenten habe die Partei eine grundsätzliche Oppositionsstellung abgelehnt, vielmehr ihre Bereitwilligkeit zu positiver Mitarbeit mit allen aufzubringenden Kräften, selbst mit der Mehrheitssozialdemokratie, erklärt. Bei der Staatsberatung werde die Partei auf Verminderung des ungenutzten Beamtenbestandes und aller unnötigen Ausgaben hinarbeiten. Die Kampfführung der Partei zur Sozialdemokratie, die an ihrem alten Klassenkampfcharakter und an den Missionen des Internationalismus festhalte, sei unverändert geblieben. Mit dem Zentrum werde die Partei vielfache Berührungspunkte haben, da sie die gleichen wirtschaftlichen Ziele habe. Die demokratische Partei habe eine erhebliche Schwächung nach rechts vollzogen. Diese veränderte Stellung sei als einer der größten Erfolge der Arbeit der Deutschen Volkspartei zu buchen. Die Beziehungen zur Bürgerpartei seien leider von Tag zu Tag unfreundlicher geworden. Das erstrebenswerte Ziel sei aber trotzdem das Zustandekommen des großen bürgerlichen Blocks.

Die zu Unrecht verbotene „Orgel“.

Das Gutachten des preussischen Justizministers, das dieser auf Ersuchen des preussischen Staatsministers über die Organisation „Eichhorn“ abgegeben hat, wird von der „Tagl. Rundschau“ im Wortlaut veröffentlicht. Das Gutachten kommt wie der Abg. Stresemann schon am Freitag im Reichstag ausführte, zu dem Ergebnis, daß das Verbot der Orgel durch das vorliegende Material nicht gerechtfertigt werde.

Die Berliner Stadtschulfrage.

Berlin, 1. Nov. Die Beschäftigung Dr. Voerwits ist, nachdem sowohl das Schulkollegium, wie der Unterrichtsminister sich gegen seine Befähigung für das Amt eines Oberschulrats ausgesprochen haben, nicht mehr zu erwarten. Auch der entscheidende Schulkonferenz, Professor Ostreich, kommt nicht mehr in Frage. Man denkt nunmehr an Direktor Goldbeck vom Friedrichswerderschen Gymnasium, für den Rechtssozialdemokraten und bürgerliche Parteien eintreten werden.

Die Millionenunterschlagen in der Abwicklung eines Strombataillons.

Berlin, 1. Nov. In der in den letzten Tagen mehrfach in der Presse erwähnten Millionenunterschlagen in der Abwicklung eines Strombataillons wird der Telegraphen-Union von wohlunterrichteter Seite mitgeteilt, daß es sich hierbei nicht um eine dem Generaldirektorhauptamt unterstellte Abwicklungsstelle handelt. Zu diesen gehören lediglich

die Abwicklungsstellen des alten Heeres einschließlich der Truppendeile der spätestens bis zum Oktober 1919 aufgestellten. Hierzu zählt jedoch das betreffende Strompolizeibataillon nicht.

Dem Mann ein Leben.

Aus den Betrieben der Stadt Spandau sind in letzter Zeit nicht weniger als drei Betriebsräte mit angefallenen Geldern der Arbeiter, wofür sie Einkünfte erzielten, sollen, ausgeschieden. Zunächst verschwand der Betriebsrat der in der Götterstraße 100 an den Rottweilern eingestellten Erwerbslosen mit annähernd 10 000 Mark, dann ein anderer Betriebsrat, der für einige tausend Mark Kessel aus Bayern holen sollte, aber nicht wieder zurückkehrte. Neuerdings ist dann noch der Betriebsrat Grund der für 20 000 Mark Einkünfte machen sollte, ausgerückt. Bemerkenswert ist, daß Grund während der Revolutionszeit bei einem Pionierbataillon in Spandau Soldat war und es als Sergeant bis zum Bataillonsführer gebracht hat.

Das Arbeitsdienstjahr.

Berlin, 30. Okt. Wie das Licht-Abendblatt erzählt wird ein Gesetzentwurf über die Einführung eines Arbeitsdienstjahres bereits ausgearbeitet. Es sollen dabei zwei Momente hervorgehoben werden: das erzieherische und das soziale. Die gewonnenen Arbeitskräfte sollen für Arbeiter ausgenutzt werden, die nicht den kapitalistischen Interessen, sondern der Allgemeinheit dienen. Auch die weiblichen Kräfte sollen zur Verwertung besonders im Dienste der Krankenpflege und anderer besonderer sozialer Einrichtungen herangezogen werden.

Keine Kohlenpreiserhöhung genehmigt.

In der letzten Sitzung des Reichskohlenverbandes und des Großen Ausschusses des Reichskohlenrates wurde der Antrag des Kohlenverbands auf Erhöhung der Kohlenpreise um 15 Mark pro Tonne, zum Ausgleich der kürzlich bewilligten Lohnerhöhungen, mit 16 gegen 9 Stimmen genehmigt. Von Seiten des Verbrauchsausschusses des Reichswirtschaftsministeriums wurde jedoch erklärt, daß eine Kohlenpreiserhöhung mit Rücksicht auf die allgemeinen Verhältnisse nicht zugelassen werden könne. Ebenso wurde die von den Braunkohlenwerken beantragte Preiserhöhung vom Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums nicht zugelassen.

Eine mitteleuropäische Wirtschaftskonferenz.

Berlin, 30. Okt. Ueber eine mitteleuropäische Wirtschaftskonferenz läßt sich die „Kölnische Zeitung“ als unbedingt zuverlässig aus Wien melden, daß in Washington heute bekanntgegeben wurde, dem Wiedergutmachungsausschuß in Paris werde von seinem Unterausschuß in Wien der Vorschlag unterbreitet, als eine Art Fortsetzung der Brüsseler Finanzkonferenz eine Wirtschaftskonferenz des gesamten mitteleuropäischen Staatenblocks einzuberufen. Die Anregung gelte besonders von den Vereinigten Staaten und England aus. An der Konferenz sollten Deutschland, Deutsch-Österreich, die Tschecho-Slowakei, Südbanien, Polen, Ungarn und vielleicht auch Rumänien und Bulgarien teilnehmen. Die Zustimmung Italiens und Belgiens sicher.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 30. Okt. Die allgemeine Aussprache über den Reichshaushalt wird fortgesetzt.

Abg. Schäfer (Dem.): Wir dürfen keine Gelegenheit verpassen, immer wieder in die Welt hinauszurufen, daß der Friedensvertrag von Versailles ein Rechtsbruch und eine Vergeßlichkeit sei. Die Willenspunkte waren bestimmt, eine neue Ära des Völkervertriedens einzuleiten. Somit ist der Vertrag von Versailles, der uns um dieses Willensprogramm betrügt, ein Verbrechen an der ganzen Welt. Wir haben auch ein Recht, die allgemeine Abrüstung zu fordern. Es ist ausdrücklich gesagt, daß unsere Abrüstung nur die Einseitigkeit zur internationalen Abrüstung bilden solle. Allerdings ist die Erkenntnis des Rechtes und der Gerechtigkeit in das Notwendige in der Welt noch nicht weit vorgeschritten, nur vereinzelte Stimmen stellen sich auf den Boden der Gerechtigkeit und des Rechtes. Demgegenüber kann nicht laut genug betont werden, welche Verwirrung der Friedensvertrag angerichtet hat. Ueberall ein fortwährendes Ausbrechen neuer Gegensätze. Der Weltfrieden ist zum Gespött der Welt geworden. Englands schwächliche Lage erkenne ich an. Ueberall mag es an seinem Weltmonopol. An Rußland hat es eine harte Kasse zu kneten, und der Riesenkreis bedroht seine Produktion. Das bedauere ich umso mehr, als es augenblicklich die Hände nicht frei hat, um den Hegemoniebestrebungen Frankreichs auf dem Kontinent entgegenzutreten. Redner wendet sich dann gegen die Ausschüsse Scheidemann und nimmt den General von Seckt und die Offiziere in Schutz. Daß viele Fehler begangen wurden, ist Tatsache, es sei aber besonders anzuerkennen die treue Pflichterfüllung, mit der er die traurige und schmerzliche Arbeit an der Abfertigung übernahm. Er möchte sehen, wie sich die Arbeiter verhalten würden, wenn ihnen nach fünfjähriger treuer Arbeit der Stuhl vor die Tür gesetzt würde. Im übrigen habe Kritik in General Seckt zweifellos den ihm treu und zuverlässig erscheinenden Mann berufen. Das Oberbefehlshaber und die Ausführungen des Grafen Westarp betrifft, so meine er, daß ein Staatsmann die Dinge sehen muß. Auch für Oberbefehlshaber sei die Sozialisierung von großer Bedeutung. Diese Sozialisierung müsse nach den Ansichten des Herrn Scheidemann selbst eine vernünftige sein. Was will denn die Arbeiterpartei anderes, als den Arbeitnehmer neben dem Unterneh-

Wannigenpreis:

Die einjährige Fertigung
ist von Herrn Neumann
bei Neuenbürg
46 J. extra.
Bestimmte Preise
bei früheren Fertigung
empfehlen. Haben, der
Halle der Württemberg
hinlänglich wert.

Satz der Fertigung
Kann man logisch.
Fertiger Herr. 4.
Für jede Fertigung
ferner. Gemüß über-
nehmen.

mer des Kapitals zu beteiligen und ihm eine maßgebende Stellung einzuräumen? Auch die gefrigen Ausführungen Heims hätten von großer Liebe und tiefem Verständnis für die Arbeiterschaft geseht. Er warnt die Arbeiterklasse, die Forderungen zu überhören, fordert eine Regulierung der Streikbewegung durch Stärkung der Schlichtungsausschüsse und weist nach, daß die Zwangswirtschaft, die doch ein sozialdemokratisches Gebot sei, uns nicht habe retten können. Redner geht auf den Etat ein und fordert Sparsamkeit. Der Unwille und das Mißtrauen der Arbeiter gegen den Abzug der 10 Prozent sei verständlich, da diese nicht überzeugt seien, daß auch die Reichsentscheidungen herangeholt werden. Hier fehle es an der genügenden Aufklärung. Viel zweckmäßiger aber würde es sein, wenn man die Einziehung der Steuern den Industriellen und Handelsorganisationen überlasse. Was sei denn aus den Sitzungen des Ausschusses dieses Hauses zur Vereinfachung der Verwaltungsapparate geworden? Drei gewordene Stellen sollten so lange nicht besetzt werden, bis wir auf das normale Maß gelangt seien. Bei der Aufgabeverwaltung könne durch eine Einschränkung des Uebermaßes der Reduzierung ebenfalls viel erspart werden. Es genügt auch nicht, daß etwa von den unteren Beamten, die etwas verbrochen hätten, bestraft würden, auch die Vorgesetzten, die die Verantwortung tragen, müssen mit büßen. Wenn die Sozialdemokratie aber nicht wollte, so dürfte sie sich nicht beklagen, wenn ohne sie regiert werde. Er verlange aber auch von der Regierung, daß sie nicht immer nach der Sozialdemokratie hinschleie. Andererseits müßten diese ewigen Unruhen und die Gerüchte von Ministerflucht zu hören, damit endlich einmal die Hand an den Lufthahn gelegt werden könne.

Abg. Däumig (M.S.P. links): Die Ministerreden haben zum Ausdruck gebracht, daß wir am Rande des Abgrundes stehen; auch wir werden alles tun, um den Verfall der Vertrag unwirksam zu machen. Die Streiks in England und Frankreich sind Sturmzeichen. Wir wollen nicht sozialistischer sondern Sozialistischer, und zwar nicht in der Zukunft, sondern in der Gegenwart. Wir sind Anhänger eines Systems, das mit dem ganzen parlamentarischen Plunder aufräumen will. (Beifall bei den Unabhängigen.)

Abg. Müller-Franken (Soz.) polemisiert gegen die beiden Vorredner. Wegen des Kulturverständnisses, das in der Forderung der Forderung der Dieselmotoren liegt, habe sich auch seine Partei erhoben. Ueber die Autonomiefrage meine der Redner, Oberbefehlshaber solle selbst entscheiden, ob es bei Preußen bleiben wolle; beim Reich bleibe es jedenfalls. Daß der Vertrag von Versailles revidiert werden müsse, sei klar. Eine Revision könnte aber nur erreicht werden, wenn wir der Welt begreiflich machen, daß bei uns ein anderer Geist eingeschlagen sei. Die Mahnung zur Sparsamkeit fordert zur Kaschierung heraus, ob im Heeresdienst all die Offiziere und Bediene erforderlich seien, die jetzt dort vorhanden seien. Die ewigen Forderungen bedrohen die Einheit des Reiches. Der Redner stellt dann die Rechte an, weil sie in den Novembertagen keine Stimme für die Demokratie erhoben habe, jetzt aber so tue, als ob sie auch damals ihr Diktum gewesen wäre, und wendet sich hierauf gegen Dr. Heim, der sich über das Programm der Bayerischen Volkspartei ausgesprochen habe. Daß eine monarchistische Bewegung in Bayern am Werke sei, sei klar. Aber für sie sei in der deutschen Republik kein Platz. Im übrigen habe Bayern kein Recht, mit dem Ausland Verträge abzuschließen. Wenn das Recht auf Selbstbestimmung, wie es die Orgel darstelle, als zugehörig selbstverständlich betrachtet werde, dann hätte auch die Arbeiterpartei ein Recht, sich selbst zu schützen. Die Hebertreue nach Wien gehören zu demselben Kapitel. Warum wird die mit dem Grenzschutz betraute Sicherheitspolizei nicht durch die Reichswehr unterstützt. Erst wenn der militärische Geist in Deutschland vollständig erloschen sein wird, wird man im Ausland zur Abrüstung kommen. Der Entwaffnungskommission hat nichts über die Entwaffnung der Einwohnerveteranen in Preußen und Bayern gesagt. Dabei sei der Ort der Reaktion; auch General Ludendorff sei dort wieder aufgetaucht. Der Redner bedrückt hierauf einzelne Mitglieder und betont u. a. daß das Wohnungsamt noch immer nicht in der Lage sei, nichtbenutzte große Wohnungen mit Beschlag zu legen. Zum Schluß bemerkt der Redner, daß sich die Sozialdemokratie nicht nach einer Beteiligung an der Regierung dränge. Die Sozialisierung solle nicht etwa auf russischen Bahnen wandeln.

Reichswehrminister Dr. Gessler bezeichnet es als unerheblich, wenn Hebertreue in Österreich erfolgt sein sollten, wie sie der Vorredner fordern behauptet habe. Er habe eben in einem Ferngespräch vom Oberpräsidenten von Ost-russien erfahren, daß der Bericht von einem Hebertreue mit Beschlag hart übertrieben wiedergegeben worden sei. Seit dem 15. Oktober habe niemand die Grenze überschritten.

Nach persönlichen Bemerkungen des Präsidenten, den Etat einzuweisen dem Haushaltsausschuß zu überweisen, die Beratung aber fortzusetzen. Das Haus beschließt so. — Weiterberatung den 4. November.

Ausland.

Budapest, 1. Nov. Das „Neue 8 Uhr-Abendblatt“ bringt die Aufsicht erregende Meldung, Graf Caroly habe die von ihm in Amerika gesammelten Gelder nicht in einem Zweckverwand, zu dem sie gesendet wurden, sondern für die Organisation bolschewistischer Propaganda. Die eine Hälfte der

richtig?
er's Rottweil-Bleibjobe
niat-Terpentin-
pulver
erle.
sch von selbst.
d geschont!
Spingen (Württemberg)
resgut!
Ihr vorm.
Lagerstellen
ferne
erplatz
zierplatz
steigert.
bei der unterzeich-
ce ist sofort nach
ortieren.
in
pot
n Ludwigsburg)
in Wangen
Rebenartillerie depot
t.
angefellschaft
raße 21.
l, Bankgeschäft.
e i. B.
idlagenden Gelddat.
nzielle Angelegenheiten.
raugen-
ch in den Freizeitsch
ust Walther, Herrmann
EDO
ine, Modell V.
sch. Technik.
und Lieferung zu
Alleinvertreter für
wald:
t, Freudenstadt.
nstaht
s Herrenalb.
Samstags
Vicht, Biergeländeb
an jedermann verabreicht
Verwaltung.



amerikanischen Gelder übergab er dem französischen Volkswissenschaftler Guldens, den er gleichfalls mit holländischer Propaganda betraute und der seinerseits mit Caroly in der Schweiz in Verbindung stand. Die Spende, die von amerikanischen Bürgern stammt, hat 30-40 000 Dollars betragen.

Rom, 31. Okt. Italienischen Blättern zufolge ergingen sich bei der Abreise einiger Regimentsabteilungen mit Fahnen zur Siegesfeier nach Rom in Florenz Zwischenfälle. Die Rationalisten zwangen auf der Straße Passanten, die Fahne zu grüßen, und verprügelten alle, die sich nicht fügten. Die Sozialisten haben als Protest gegen dieses Vorkommnis einen vierundzwanzigköpfigen Generalkomitee erklärt. — Wie der „Kant“ meldet, rüft sich die gewerkschaftliche Internationale zu einem Weltstreik, der erklärt werden soll, wenn die Verschlüsse der Washingtoner Konferenz über die internationale Regelung der Arbeit nicht bis zum nächsten Frühjahr in die Tat umgesetzt werden.

London, 1. Nov. Die „Daily News“ melden aus Paris, daß die Forderung an Deutschland auf Ablieferung von 800 000 Milchkühen auf 400 000 „ermäßigt“ werden soll.

Wien, 30. Okt. Die Besetzung des Königs Alexander hat gestern stattgefunden. An ihr nahm der Prinzregent von Serbien persönlich teil. Die übrigen Höfe und verschiedenen Staatsregierungen ließen sich durch diplomatische Missionen vertreten.

Es dümmert.

Konstanz erklärte in einer Rede in Leichter, daß die Handelsbeziehungen mit den einstigen Feinden Englands wieder ausgebaut werden müßten. Der freie Austausch von Waren sei das einzige Mittel, um alle Vorkämpfer arbeiten zu lassen. Es gibt keine überflüssige und verwerfliche Politik, als die Waren jener Völker hinfort zu verkaufen, mit denen man sich im Kriege befehden habe.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 1. Nov. (Eingekandt.) Nachdem schon seit einiger Zeit ein großer Teil der Einwohnerschaft nur mit einem ganz geringen Teil der zugewiesenen Milchmenge versorgt werden konnte, darunter Greise mit 1/4 Liter sowie Bezirkskrankenhaus, ist mit dem heutigen 1. November die Milchzufuhr noch weiter zurückgegangen und ist, wenn nicht die sofortige Einschränkung der maßgebenden Behörden erfolgt, mit einem Zusammenbruch unserer Milchversorgung zu rechnen. Denn von den uns zu beliefernden Bezirksgemeinden werden wir von einigen nur mit 30-45% des Lieferfalls und von den Gemeinden Jeldremmich, Pfingweiler, Gräfenhausen und Dornach so gut wie mit nichts beliefert, dabei sei bemerkt, daß sämtliche Gemeinden für das ganze Lieferfall mit Butter von der Landesversorgung versorgt werden.

Neuenbürg, 1. Nov. Es war eine stattliche Zahl von Soldaten, die sich am Samstag Abend im Volkshaus „Sonne“ versammelten, um altgebräuchter Sitten gemäß ihr 70-jähriges Lebensjahr in einfacher aber würdiger Weise, dem Ernst der Zeit entsprechend, zu begehen. Die feine und anständige Altersgenossen und -Genossen, zum Teil aus weiter Ferne, hatten sich in der lieben Heimat versammelt, um sich nach langen Jahren wieder zu sehen, alte, liebe und treue Erinnerungen anzujucheln und der vergangenen schönen Jugendzeit zu gedenken. War das ein frohes Dämmerlicht, ein freudiges Wiedererkennen, wenn man sich nach langen Jahren wieder traf; manch heitere Wiederbegegnung spielte sich dabei ab. Die Gorbereitung und Durchführung der Veranstaltung hatte, wie i. J. beim Biergerfest, Altersgenosse W. Müller übernommen, der, wie der Verlauf zeigte, seine Aufgabe zur Zufriedenheit aller Teilnehmenden glänzend löste. Auch für musikalische Unterhaltung und des Schwabens Nationalgericht: Spätzle mit Bratensauce und Salat, deren Güte dem guten Ruf der Gastgeberinnen alle Ehre machte, war Sorge getragen und damit die Grundlage für einen betriebligen Verlauf der Veranstaltung geschaffen. Mit einem herzlichen „Willkommen“ an die Altersgenossen und -Genossen vorab an die von auswärtig Erschienenen, eröffnete Altersgenosse W. Müller den Abend, der mit Rücksicht auf die Beklage kein Fest bedeute, sondern nur eine Zusammenkunft nach Erreichung des 70. Lebensjahres sein solle, um gemeinsam einige Stunden der Erinnerung zu leben. Er gab zunächst das Protokoll der vor 10 Jahren begangenen Biergerfeier bekannt, was vielfache Heiterkeit auslöste.

Darauf widmete Altersgenosse Rudolf Stäbeler warme Begrüßungsworte den Erschienenen. Nicht um ein Fest zu feiern sei man zusammengekommen, sondern um nach weiteren 10 Jahren sich wieder zu sehen, Derschaun zu halten, wer noch am Leben sei. Er betonte die Liebe und Anhänglichkeit zur Heimat, die manchen auswärtigen Altersgenossen veranlassen, seine Schritte wieder einmal nach der Heimat zu lenken. Im Gedanken an die liebe Heimat schlug er vor, gemeinsam das Lied zu singen „Im schönsten Wiesengrunde“. Im weiteren Verlauf seiner Ansprache gedachte er in geliebten Worten jener, welchen es nicht mehr vergönnt ist, unter uns zu weilen, die von uns geschieden sind und den ewigen Schlaf träumen; ihr Andenken wurde durch Erheben von den Sägen gelehrt. Im Hinblick auf die Menschenschicksale und den Wandel der Zeiten stellte er ernste Betrachtungen darüber an, ob diese von uns geschiedenen Altersgenossen zu beneiden oder zu beklagen seien. Im Hinblick auf ihre Hinterbliebenen, denen, so weit es der Vater war, der Ernährer entziffen wurde, seien sie zu beklagen, wenn man aber das bedenke, was wir alles in den letzten Jahren erleben und vielleicht noch Schwereres erleben müssen, dann dürfe man sagen, sie sind aus dem Elend dräufen. Aber dennoch, wenn auch die Zukunft noch so dunkel aussehe, dürfen gerade wir Siebziger, die wir Gelegenheit hatten, den Aufstieg und die wirtschaftliche Entwicklung des deutschen Volkes voll und ganz zu erleben, nicht verzagen. Wir müssen uns verpflichten, Jedes in seinem Teile dazu beizutragen, daß es wie vor 100 Jahren, wo der weisse Karle uns zu schaffen machte, wieder aufwärts gehe mit unserem Volk und Vaterland. Wir wollen auch nicht nach den Schuldigen fragen, keinen Monarchismus und Militarismus dafür verantwortlich machen, daß es heute mit uns so steht, sind wir doch selbst mehr oder weniger mit daran schuld. Denn seien keine wachstumsreichen Söhne unseres Volkes, welche in fremde Länder gehen und die Einrichtungen unseres Vaterlandes in den Tat leben. Wir Siebziger wollen unsere Jugend zu nationalem Denken erziehen; es gebe keine Internationale, das sei ausgeschlossen. Nur wenn wir wieder national denken und fühlen, dann wird es möglich sein, daß es mit uns und bei uns besser wird. Von diesen Gedanken strahlen, wollen wir unsere Pfingstgenossen begeben.

Altersgenosse Justizrat Seeger, der aus diesem Anlaß mit seiner Frau hierher gekommen war, dankte für die Einladung. In Erinnerung an das so schön verlaufene Biergerfest fand er warme Worte der Liebe für die schwäbische Heimat, insbesondere für seine Vaterstadt Neuenbürg. Er, der sich in Straßburg i. J. eine neue Heimat gegründet und um die Seele des elästischen Volkes geworden habe, der in vaterländischer Pflichterfüllung 4 Jahre an der Front stand und nun nach dem unglücklichen Ausgang des Krieges mit zu jenen zähle, welche das Elend verlassen mußten, fühle so recht, was die Liebe zur Heimat, die er auf den Trümmern unserer Hoffnungen wiederleben mußte, bedeute. Als echter Schwabe habe er die Liebe zur Heimat draußen immer gepflegt und hochgehalten, auch im Felde beim Zusammentreffen mit den Angehörigen des Landsturmabteilungsges. Auch heute abend freute er sich des Wiedersehens mit den Altersgenossen, da jedem guten Schwaben das Herz auf. Dabei ließ Redner auf dem schwäbischen Dialekt, die Bügel hängen, als er bemerkte die Liebe zum Schwabenland und zur Heimat sei das Band das uns umschlinge, wenn dann zu diesem Band für den Schwaben noch jenes von Spätzle, Sauerkraut und Speck trete, dann sei dies mit ein Grund, daß die liebigen Klassenengensätze bei uns im Schwabenland nicht so tief gründen, wie im Reich. Aber nicht bloß die materiellen Genüsse, die idealen Güter seien es, welche wir erhalten müssen, und das sei die gemeinschaftlich verbrachte Jugendzeit in unserem Schwabenland und besonders in Neuenbürg, der Seele des Schwabens. In Erinnerung an diese Jugendzeit führte er die Anwesenden im Geiste zurück in die Jahre, wo man gemeinsam auf der Säulbank saß, hohes Lob spendete er unserem Ideal, der schwäbischen Volkswirtschaft, handbar und in Hochachtung gedachte er der damaligen Lehrer, die nach dem Grundsatz verfahren: streng aber gerecht. Ohne es zu wollen, komme er, was heutzutage gar nicht anders denkbar sei, auch auf das politische Gebiet, und da möchte er die Weltoffenheit nicht vorübergehen lassen und Gedankenanklagen halten nicht über das Trennende, sondern über das, was uns alle eint. Hierbei möchte er auch eines Neuenbürgers Kindes gedenken, des Lützinger Professors Gump, welcher unlängst in Stuttgart eine hochbedeutende Rede hielt über das Thema „Wird das deutsche Volk untergehen?“ Neuenbürg könne auf diesen Mann stolz sein. Wenn wir heute mit Trauer jener gedenken, die nicht mehr unter uns sind und vielleicht mit Schiller rufen „Ach wie stilllich sind die Toten!“, so erwacht uns Leben und Treue die Pflicht, unser Leben so durchzuführen, wie es im Interesse und zum Besten unseres Volkes dient. Bei früheren festlichen Anlässen wurde der erste Toast auf den Träger der Krone ausgebracht. Dieser alte Brauch sei ein guter gewesen, und wir können ihn auch noch heute durchführen, denn der Träger der Krone sei das ganze deutsche, das wir mit in der Welt. Man höre immer das Lied von der Veröhnungspflanz, daß wir uns mit unseren Feinden versöhnen sollen, ein hochbedeutender Gedanke, der gepflegt zu werden verdient. Aber in dieser Hinsicht können wir bei unseren Feinden, den Engländern und Franzosen, lernen. Wenn man sich aber mit der Welt versöhnen will, dann doch in erster Linie mit seinem Nächsten, mit uns selbst, der Student mit dem Arbeiter, der Reiche mit dem Armen. Warum können wir uns nicht miteinander versöhnen, die wir doch Kinder eines Landes, eines Stammes, eines Blutes sind? Darin ist bei uns Altersgenossen der Boden gelegt in unserer alten Schulkameradschaft. Man soll sich aber nicht vorher mit unseren Feinden, den Franzosen, versöhnen, die kein Verhängnis für unser Volk haben, die größtenteils friedlich sind und uns heute noch Vieles nennen, ehe man sich mit dem deutschen Bruder versöhnt. Wir können uns nur die Achtung der Welt wieder erlangen, wenn wir als deutsche Brüder zusammengehören, gleich ob Hoch oder Nieder. Es sei eine unwürdige Art, uns vor der ganzen Welt zu beschämen, das mache uns nach außen verächtlich. Der Franzose und Engländer mache so etwas nicht. Wir müssen uns dagegen wehren, daß unsere großen Männer in der Öffentlichkeit in einer Weise heruntergerissen werden, die uns nicht zum Ruhme gereicht, daß unsere Offiziere, von welchen 93 Proz. den Heldentod starben, als Landstörche bezeichnet werden. Gewiß, es gebe überall ründer Schafe, aber man dürfe damit keine Verallgemeinerung treiben. Der Jugend müsse mehr Achtung vor dem Gesetz und der Autorität beigebracht werden, und da seien es die Erwachsenen und auch die 50er, welchen diese Aufgabe zufalle. Wir sollen uns nicht gefallen lassen, daß unsere Jugend sich auch nur ein Minimum von Respektlosigkeit anzuwenden kommen läßt; wir müssen die Bügel unserer Jugend gegenüber wieder fester in die Hand nehmen, auf Acht und gute Sitten halten im Staat und in der Familie. Nur wenn jeder Einzelne in seinem Teil dies begehrt und danach handelt, wird unserem Volke wieder auf die Beine geholfen werden können, kann eine Jugend heranwachsen, die sich auch wieder ihren Platz an der Sonne erlangt. Wir wollen Gott geben möge, uns nach weiteren 10 Jahren wieder zusammenfinden, dann möge es sich zeigen, daß wir unser Versprechen gehalten haben. Mit der Hoffnung auf eine bessere Zukunft, aufgebaut auf diesen Gedanken, schloß Redner, daran den Wunsch knüpfend, daß es allen vergönnt sein möge sich nach weiteren 10 Jahren gesund und munter wiederzusehen.

Nach Dankesworten an die beiden Redner gab der Vorsitzende verschiedene Begrüßungsschreiben auswärtiger Altersgenossen bekannt, welchen die Teilnahme an der Feier aus diesem oder jenem Grunde unmöglich war. Sie alle atmeten die Liebe und Treue zur Heimat. Der Humor kam zur Geltung durch Vorträge in Gedicht und Prosa. Eine Raikantour mit Hindernissen oder das verdammte Bühnenauge, „Der Kuhängewagen“, „Die himmlische Süßigkeit“, „Die Raikantour in Waldremmich“ und „Die Partialisbe“ zählten manchen Heiterkeitserfolg. Und bei einem „Tänzchen in Ehren“ zeigten die Jünglinge, daß, wenn auch die Reiten hart und schwer, sie sich als echte Schwaben die Stunden in angenehmer Abwechslung dahin, und als bei bereits vorgedachter Stunde die Zeit zum Scheiden heran gekommen war, geschah dies in dem Bewußtsein, an der Oede des Abends einige erhebende Stunden mit ins Leben hinterlassen zu haben und mit dem Wunsch, gelunden und frohen Wiedersehens zu einer besseren Zeit beim Seelgerest. Der Bericht wäre nicht vollständig, wenn er nicht den Dank der Anwesenden an den Vorsitzenden zum Ausdruck brächte, der mit so viel Eifer und Umficht zu einem allseitig befriedigenden Verlauf des Abends beitrug und der aus seiner Wapze immer wieder neuen Stoff zur Erweiterung aller Vorarbeiten.

Württemberg.

Stuttgart, 31. Okt. (Neues Kraftwagenprojekt.) In der letzten Sitzung des Gemeinderats wurde bekanntgegeben, daß die württ. Kraftverkehrsvereine im Oberamtbezirk Nagold und Reudenstadt ein Projekt aufgestellt hat für die Errichtung von Kraftverkehrslinien, nach dem Altensteig als Verkehrszentrale vorgesehen ist. Zu dieser Verkehrsfrage hat der Gemeinderat dahin Stellung zu nehmen, ob und inwieweit solche von der Stadtgemeinde gefördert werden soll. Er beschloß einstimmig, das Projekt in finanzieller Hinsicht sowohl als auch durch Errichtung eines Kraftwagenschuppens aus Förderliche zu unterstützen.

Reudenstadt, 1. Nov. (Sentung der Vieh- und Fleischpreise.) Auf Veranstaltung des Oberamts waren die Vertreter der Erzeuger, Metzger, Händler, Verbraucher und Behörden des Bezirks versammelt, um über die Herabsetzung der Vieh- und Fleischpreise zu beraten. Es kam folgende Vereinbarung zustande: Die Metzger verpflichten sich, vom 10. November ab den Rindfleischpreis auf 10 Mark herabzusetzen, wenn sie von den Landwirten vollstündiges Rindfleisch zu 550 Mark den zehnten Lebendgewicht bekommen. Außerdem verpflichten sich die Vertreter der Landwirte, dahin zu wirken, daß die Landwirte Vieh zu diesem Preis abgeben. Die getroffene Regelung soll eine vorläufige sein, bis die Organisationen der Landwirtschaft die Preise einheitlich für das ganze Land festgesetzt haben.

Stuttgart, 1. Nov. (Kassierung eines großen Diebstahls.) Der Einbruchdiebstahl in der Wohnung des Milchhändlers Wilhelm Schmidt in der Silberburgstraße am 18. Juli d. J., bei dem den Tätern 61 800 Mark Bargeld und viele Wertpapiere in die Hände fielen, rief vor d. K. A. die Tat bringt verdächtig hat die Kriminalpolizei ermittelt; den 27 Jahre alten Offendener Karl Vogel von Cannstatt, der im Mai d. J. aus dem Justizhaus Ludwigsburg entbrochen war, die Tagelöhnerin Helene Schmidt und Emilie Seemann, wohnhaft in der Meißstraße, und die Kellnerin Helene Kirtin und Rosa Schwab in der Hartstraße. Die Beschuldigten sind festgenommen. Die Kasse wurde Anfangs Oktober erbrochen und des Bargelds beraubt im Maßstab in Berg aufgefunden. Nachrichten über Lebensumstände betr. die Lebenshaltung der Beschuldigten, die geistlich heimliche Begegnung abgehalten haben, Anschaffungen usw. werden an die Kriminalpolizei erbeten.

Stuttgart, 1. Nov. (Trennungszulage.) Infolge der Wohnungsnot können vielfach Beamte und Lehrer bei Besetzungen und Neuernennungen auf Stellen an dem neuen Dienstat eine Wohnung nicht finden. Sie sind gezwungen ihre Familie am bisherigen Dienort zurückzulassen und einen besonderen Haushalt zu führen. Zur Befreiung der Ehefrau von der Trennungszulage wird nach dem Schulamtsrat-Entwurf solchen Beamten und Lehrern eine Trennungszulage gewährt. Bei den Beamten wurde sie bisher vom Staat getragen, bei den Lehrern wird sie neu eingeführt. Wo die Gemeinde zur Stellung einer Dienstwohnung verpflichtet ist, soll sie künftig die Hälfte der Trennungszulage tragen, die andere Hälfte übernimmt der Staat.

Heilbronn, 30. Okt. (Wahngericht.) Vor dem Wahngericht standen 13 Personen wegen Kettenhandels, Preisverbreitung und Beihilfe hierzu. Die Schöpfung ist eine geheimnisvolle Verbindung von Rabschaden aus vorgefaßten Orten in Württemberg nach Heilbronn, zu der jedes amtliche Schriftstück fehlt. Betriebsleiter und Gemeinderat Käßler hat die Schöpfung dadurch unterbunden, daß er die eingelaufenen Güter auf dem Südbahnhof nicht ordnungsgemäß behandelte. Die Rabschadenrollen sollten nach Frankfurt verschoben werden. Aus der Tatsache, daß auf der Zwitmerlei Southeim zu jener Zeit größere Mengen Faden gelassen wurden, wurde der Schluss gezogen, daß verdächtige Angeklagte wissen mußten, daß es sich um gekohlene Fadenrollen, zum mindesten um ein Scheibergeschäft handele. Der Kaufmann Schmid erhielt 3 Wochen Gefängnis und 600 Mark Geldstrafe, der Oberkellner Friedrich Landberger 1 1/2 Monate Gefängnis, Dörner und Wächter je 2 Wochen Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe. Käufer wegen Beihilfe zum Kettenhandel 1 Woche Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe. Die übrigen Angeklagten wurden zur Geldstrafe von 100-1500 Mark und Gefängnisstrafen von 7-10 Tagen verurteilt.

Kauffen a. N., 1. Nov. (Ein Pabststreik.) Unweit der Hausener Haltestelle wurden von bühlicher Hand vier Eisenbahnwagen über das Gleis gelegt, so daß der Frühzug unbedingt zur Entgleisung gekommen wäre, wenn nicht Sägmüller Ernst bei einem Gang auf den Frühzug des Stabes entdeckt und beseitigt hätte. Offensichtlich gelang es, die Täter zu ermitteln.

Schöningen O. Münd., 1. Nov. (Das gekohlene Papiergeld.) Ein hiesiger Bauer gab einem Bekannten Papiergeld mitzukaufen, das der Bauer in einem Feldwischschächelchen im Sofa aufbewahrt hatte. Der unbarmherzige Gast, ein Arbeiter vom Burgholz, wurde ins Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert.

Heidenheim, 1. Nov. (Die Handgranatenwerfer.) Es ist nun gelungen, der Täter habhaft zu werden, die in der letzten Neujahrsnacht in den Gärten des Landjägersationsgebäudes eine Handgranate geworfen haben.

Bom Ries, 1. Nov. (Selteneit.) Dieser Tage erhielt ein Einwohner von Gaisvorst mit der Post von Oettingen aus 60 Mark zugesandt. In dem Begleitschreiben stand zu lesen, daß dem Absender sein Gewissen keine Ruhe lasse. Das Geld war dem Empfänger vor einiger Zeit gestohlen worden.

Mengen, 1. Nov. (Auser Verfolgung.) Die Strafammer des Landgerichts Ravensburg hat beschloffen, Josef Marquardt, f. St. Stabschultheiß in Mengen und Karl Blant Bierbrauereibesitzer daselbst wegen falscher Beurkundung im Amt und Anfertigung hiesu unter Ueberrahme der Kosten des Verfahrens und der den beiden Angeklagten erwachsenen notwendigen Ausgaben auf die Staatskasse außer Verfolgung zu setzen, da die den Gegenstand der Untersuchung bildende Verlichterklärung über 23 000 Mark von dem 72 Jahre alten Privatier Josef Blant in Mengen nach dessen eigener Einräumung angefertigt und unterschrieben, sonach erst ist, diese oder eine Verlautbarung oder Beurkundung durch Stabschultheiß Marquardt gar nicht enthält.

Tuttlingen, 29. Okt. (Gegen Akkordarbeit.) Die Arbeitervereine der Schulfabrik von Niefer und Co. in den Akkord getreten. Den Anlaß dazu gab die Absicht der Direktion, auf Grund von Verhandlungen mit den Betriebs-

betrieben, die fr...
er einführen...
er, obwohl...
Wiederrechnu...
weise ausbe...
heit um ei...
Arbeitszeit neu...
Firma auf...
werden kon...
Nach ein...
über den Betr...
Carlruhe, 1...
des Archiva...
auf...
Kost und...
Bewahrung erteilt...
Zustimmung eines...
Verkehrsmittel...
ganden Erweite...
Bürgermeister...
Kommunen unter...
Schulde der Be...
den Boden hin...
nung des Bürger...
er Beteiligung...
Die der Bad...
sich Verpflichtu...
sich ist 2...
Bau wird inf...
angelegte Verpf...
bei der Bad...
hülle Karlruhe...
schliche Regieru...
zu Tode her...
alte Torfherb...
Hilfenbahn-M...
zahlreichen Bedi...
möglichest sind...
Hilf der Vo...
für die Aktien...
Erwartung...
wahr, Die B...
werden. Der B...
um 100 Mark a...
und Arbeiter...
die Siegel wani...
Mitteln, da...
ist wurde der...
Kauf und...
Bewegung von...
den Bretter...
Kreuzung eines...
schrict werden...
Hohe G...
samtlichkeit folg...
und nicht als...
und denge den...
fahrt die Dürer...
tag 14 Minuten...
er Ruhe nach...
sich in den...
Bogen). Die...
würde Gestalt...
auf Letztem, un...
man diese Ori...
habe entgegen...
der. Nach der...
der Jahrgang...
werden natürlic...
die heute betra...
sich daselbe...
über unangef...
erhalten und...
Ein Dunder...
aus in Gebirg...
der großen Sch...
in Simplan-G...
in dem gefiegt...
er bestand sich...
für die Vertreter...
Regierung nach...
Waldstamme...
Saarbrücke...
lung bei entspre...
chung einer Fr...
immerpreisen...
werden soll...
10 Prozent des...
die in der Ber...
wurde, richtet



... (left margin text) ...

... (main text column 1, top) ...

Baben.

Karlsruhe, 30. Okt. Die Kreisversammlung hat den Antrag des Kreisaußschusses gutgeheißen und den Vereinbarungen zwischen Kreisaußschuß und dem Vorsitzenden des Kreisrats der Lokalbahn-Lokal-Eisenbahn-Union-Gesellschaft und der badischen Regierung die rechtsgültige Zustimmung erteilt. Der Kreisaußschuß wurde ermächtigt, die Aufnahme eines Anlehens von 1 Mill. Mark durchzuführen. Oberbürgermeister a. D. Siegrist-Karlsruhe beauftragte folgenden Erweiterungsantrag, dem zugestimmt wurde: Die Kreisversammlung wolle dem Antrage des Kreisaußschusses zuhelfen unter folgenden Voraussetzungen: 1. Die am Fortschritte der Bahnen interessierten Gemeinden haben binnen vier Wochen bindende Beschlüsse der Gemeinderäte mit Zustimmung des Bürgerausschusses zu fassen über ihre Verpflichtung zur Beteiligung an den Aufschüssen, die zur Deckung der Ausgaben der Bad. Lokalbahn-L.E.G. nötig sind, wobei für jede Verpflichtung eine längere Zeitdauer als fünf Jahre vorgesehen ist. 2. Der § 4 der Vereinbarung mit dem badischen Staat wird insofern geändert, als die dem Kreise Karlsruhe obliegende Verpflichtung für die Aufrechterhaltung des Betriebes der Bad. Lokalbahn-L.E.G. zu sorgen, auf die im Kreise Karlsruhe gelegenen Bahnen beschränkt wird. 3. Die badische Regierung sichert dem Kreise Karlsruhe zu, von ihm zur Deckung der Ausgaben der Bahnen für erforderlich erachtete Tarifherabsetzungen zu genehmigen und mit der Bad. Lokalbahn-L.E.G. einen Stromlieferungsvertrag zu den nachstehenden Bedingungen abzuschließen, die anderen Abnehmer genehmigt sind, oder eingeräumt werden. — Christ Müller, Vorsitz bei Vorarbeiten stellte den Antrag, der Kreisaußschuß für die Aktien der Bad. Lokalbahn-L.E.G. erwerben in der Erwartung, daß er sie zu noch günstigeren Bedingungen erhalte. Die Aufschüsse sollten jetzt schon prozentual festgelegt werden. Der Kreis möge darauf hinwirken, daß auch Aktien zu 100 Mark ausgegeben werden, damit sie von den Beamten und Arbeitern erworben werden können. Oberbürgermeister a. D. Siegrist wandte sich gegen die Forderung der Ausgabe von Aktien, da diese dem Aktiengesetz widerspreche. Schließlich wurde der Antrag Siegrist, der Antrag des Kreisaußschusses und der Antrag Müller mit Ausnahme der Forderung von Aktien mit allen gegen vier Stimmen und dem Vertreter Siegrist angenommen. — Ferner soll die Gründung eines Staatsanlehens von 5 Millionen Mark angedacht werden.

Vermischtes.

Badener Eisenbahnraub. Der „Kölnener Stadtanzeiger“ veröffentlicht folgende Zuschrift über Eisenbahnraub: Ich besah mich als Reisender auf der Fahrt von Aachen nach Köln und lernte den Zug 4 Uhr 20 Min. ab Aachen morgens. Die Fahrt bis Düren ging flott vonstatten. In Düren hatte der Zug 11 Minuten Aufenthalt, und die dortige Polizei ging auf der Suche nach Schleiern von Abteil zu Abteil. Der Zug setzte sich in Bewegung (ich saß in der vierten Klasse im letzten Wagen). Da gewahrte ich etwa 30 mit Schusswaffen ausgerüstete Gestalten außerhalb der Wagen die Trittbretter entlang klettern, und mit dem Ruf: „Der Schrecken der Schieber“ diese Gefellen in unser Abteil. Was den Augen der Polizei entgingen war, wurde den Fahrgästen mit Gewalt entnommen. Nach der Aufforderung „Alles aufstehen“ mußte sich der Fahrgast eine Leibbedeckung gefallen lassen, dabei wurde natürlich von den Räubern Wertsache und Uhren als Beute betrachtet. Von unserm Abteil ging es ins nächste und sich dasselbe Spiel erneuerte. In Dortmund verließen die Räuber unangefochten den Zug mit Bündeln, Koffern und Geldtaschen und wohl mancher mit einer gefüllten Brictasche. Ein Hundertmillionenfunder. Auf dem Bahnhof Binzen in Serbien ereignete sich ein seltsames Unglück, das einen der größten Schäden anrichtete. Die Köfen des Postwagens in Simplan-Expreßzuge stiegen Feuer, wodurch der Postwagen in Brand gesetzt wurde und völlig verbrannte. In dem Wagen befand sich eine Sendung von 100 Millionen Franken, die die Vertretung des Generals Wranzel von der französischen Regierung nach Belgrad abgehandelt worden war. Auch diese Summe ist vollkommen verbrannt.

Neueste Nachrichten.

Saarbrücken, 1. Nov. Die Stadtverordnetenversammlung hat entsprechend dem Antrage der Verwaltung die Erhebung einer Fremdensteuer beschlossen, die in den Hotelzimmerpreisen mit einbegriffen und in Stoffelung erhoben werden soll. Ein Antrag, die Steuer grundsätzlich auf 10 Prozent des Hotelpreises festzusetzen, wurde abgelehnt. Wie in der Versammlung von allen Seiten hervorgehoben wurde, richtet sich die Steuer in erster Linie gegen die

Schieber, die das weitverbreitete Fremdenpablikum in Saarbrücken ausmachen; und von diesem Gesichtspunkte aus sind auch die ziemlich hohen Steuerläge zu verstehen. So beträgt z. B. der Satz bei einem Zimmerpreis von 20 Mark 7 Mark.

Offen, 2. Nov. In dem westfälischen Orte Althagen wurde die aus vier Köpfen bestehende Familie des Landwirts Böhlecker ermordet aufgefunden. Matmäßlicher Mörder ist ein Russe, der bei dem Landwirt in Stellung war und flüchtig ist.

Halle a. S., 1. Nov. Die Magistrats-Hilfsangestellten sind infolge eines gestrigen Beschlusses heute wegen Lohnforderungen in den Ausstand getreten. Die Berufsartenangehörigen sind zum Teil geschlossen. Auch die städtischen Arbeiter haben neue Lohnforderungen gestellt. Zwischen ihnen und dem Magistrat schweben noch Verhandlungen.

Berlin, 1. Nov. Unter starker Beteiligung aus allen Teilen des Reichs trat gestern in Berlin der Reichsausschuß der deutschen Zentrumspartei zusammen, um neben wichtigen Fragen der inneren und äußeren Politik auch Organisationsfragen zu verhandeln. Es wurde auch, wie die „Germania“ mitteilt, die Angelegenheit Erzberger erörtert. Die Verhandlungen führten hier zu einem allseitig befriedigenden Ergebnis. Erzberger gab aus freiem Entschlus die Erklärung aus, daß er sich bis auf weiteres an den Reichstags- und den Fraktionsverhandlungen nicht beteiligen werde.

Berlin, 2. Nov. Die Eisenbahnverwaltung hat bereits Anordnungen für die Beförderung der Abstimmungsberechtigten nach Oberschlesien getroffen. Die Beförderung soll in der Hauptsache in Sonberzügen, 10 Tage vor und 10 Tage nach der Abstimmung, erfolgen. Die Fahrpreise, die auf den Namen des Abstimmungsberechtigten lauten, werden von dem Deutschen Schutzbund ausgegeben und durch die vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier den Abstimmungsberechtigten ausgehändigt.

Berlin, 1. November. Durch einen Erlass des preuß. Innenministers Severing werden sämtliche zur Organisation Eicherich gehörenden Vereine aufgelöst. — Nach dem Ergebnis der amtlichen Ermittlungen sind insgesamt etwa 10000 Mann ohne militärische Ausrüstung und Bewaffnung nach Litauen übergetreten. — Der Nationalverband deutscher Gewerkschaften lehnte einstimmig den Beschluß, die Sozialisierung des Kohlenbergbaus abzulehnen, da nicht zu erweisen sei, daß durch sie eine Steigerung der Produktion und eine Herabsetzung der Kohlenpreise erreicht werden könne, vielmehr das Gegenteil zu befürchten sei. — Laut Freiheit hat die Zentralleitung der U.S.P. beschlossen, Vertreter von revolutionär sozialistischen Parteien der ganzen Welt, die aus der zweiten Internationale ausgeschlossen sind, zum 5. Dezember zu einer Konferenz nach Bern einzuladen. — Auf den Berliner Hochwerken streiten 300 Facharbeiter wegen nicht erfüllter Lohnforderungen. Infolge dieser Behinderung des Betriebs werden die Werke mit 5000 Arbeitern heute geschlossen. — In Spandau brach am Montag in den Anlagen der Berliner Metallindustrie-Gesellschaft ein Großfeuer aus, das das gesamte Werk einäscherte. Der Schaden beläuft sich auf 2 Millionen Mark.

Hamburg, 1. Nov. Der Direktor einer Konzertagentur und Verleger der „Hamburger Theaterzeitung“, Erich Brieger, ist nach Unterdrückung von annähernd 700000 bis 800000 Mk. geflüchtet. Unter den Geschädigten befinden sich namhafte Künstler und bekannte Konzerttablissements. — Die „Tall-Canna“ aus Hamburg ist beim 5. Feuerschiff gesunken. Ein Mann ist ertrunken, drei Mann sind durch den Fischdampfer „Krank“ gerettet worden.

Hindenburg i. D., 1. Nov. Der mehrfache Mörder und Bombenbaptingler Klotz aus Bialschowitz, der kürzlich einen Oberwachmeister und einen Landjäger auf offener Straße erschossen hatte, wurde in Eintrachtshütte mit 2 anderen Verbrechern verhaftet. Beim Versuch der Einlieferung in das Hindenburg Gerichtsgefängnis versuchte der Mörder den Polizeibeamten zu überfallen. Der Beamte griff in der Notwehr zur Waffe und vermurdete Klotz durch einen Unterleibschuß. Klotz starb bald darauf.

Danzig, 1. Nov. Der Kapitän des heute in den Hafen eingelaufenen finnischen Dampfers Ariadne teilt mit, daß der Dampfer in der Ostsee von einem englischen Kreuzer angehalten wurde. Dabei seien 8 Passagiere verhaftet und auf den englischen Kreuzer gebracht worden. Angeblich handelt es sich um russische Volkshewisten.

Basel, 2. Nov. Von heute ab ist der regelmäßige Warenverkehr zwischen Deutschland einerseits und Frankreich, Belgien und England andererseits wieder aufgenommen.

Brüssel, 2. Nov. Der sozialistische Parteitag hat sich mit 447000 gegen 212000 Stimmen bei 3000 Stimmenthaltungen für die Beteiligung der Sozialisten an einem neuen Koalitionsministerium ausgesprochen. Dies bedeutet eine Vermehrung von 8% Stimmen, die gegen die Beteiligung an der Regierung sind, gegenüber der Abstimmung auf dem letzte Ostern abgehaltenen Parteitag.

Paris, 1. Nov. Nach dem Journal haben die Kohlenbergwerksbesitzer dem Arbeitsminister mitgeteilt, daß sie augenblicklich angesichts der wirtschaftlichen Lage die Löhne der Bergarbeiter nicht erhöhen könnten. Sie seien aber bereit, billigen gemischten Kommissionen, die allein in der Lage seien, die verschiedenartige Lage zu beurteilen, die Lohnherabsetzung für gewisse Fälle zur Entscheidung anheimzustellen. Der Arbeitsminister wird nun die Aufgabe haben, Verhandlungen einzuleiten, um den Standpunkt der Bergarbeiter mit dem der Grubenbesitzer in Einklang zu bringen. Das Journal nennt diese Aufgabe eine ziemlich schwierige.

Rom, 1. Nov. Die römischen Gemeinde- und Provinzialwahlen verliefen ohne Zwischenfälle. Die Wahlen begannen spät abends. Auf Grund des starken Wählerandrangs schloßen die Wahlausschüsse die Wahlbeteiligung auf 60%. Es bestehen vier Listen, die der Konstitutionellen Union, die alle Ordnungsparteien von den Konservativen bis zu den Reformsozialisten in sich vereinigt und die auf Veranlassung der größten römischen Zeitungen mit klarem antibolschewistischen Programm begründet wurde, die Liste der Volkspartei, die der Sozialisten und die der Republikaner. Die Wahlausschüsse nehmen einen Sieg der Liste der Konstitutionellen Union an.

Konow, 2. Nov. Die Litauer haben vorgestern früh im Gegenangriff Podseloi und Wodensichti zurückerobert und in harinadigen Kämpfen den Feind hinter der Linie Dubanre-Krowyn-Szlackten-Kampiszi zurückgedrängt. Ein polnischer Flieger hat vorgestern über Wilkomir Bomben abgeworfen. Er wurde mit Maschinengewehren beschossen. 11 Piloten sind tot, 13 schwer, 7 leicht verletzt. Das Militär hatte keine Verluste. Es wurde ein Kriegsrat von vier Mitgliedern gebildet.

London, 2. Nov. Kassin hat gestern dem britischen Auswärtigen Amt die Abschrift einer Note der Moskauer Regierung zugestellt, in der dagegen Einspruch erhoben wird, daß britische Kriegsschiffe Befehl erhalten hätten, holländische U-Boote im Schwarzen Meer und in der Ostsee anzugreifen, da die Moskauer Regierung sich nicht als im Kriegszustande mit Großbritannien befindlich betrachte.

London, 1. November. Die Zahl der Arbeitslosen in England betrug nach amtlichen Mitteilungen am 28. Oktober 402494 gegen 244721 am 8. Oktober. Außerdem mußten 328068 mit verringerter Stundenzahl arbeiten. Die Folge des englischen Streiks.

New York, 1. November. Für die morgen beginnenden Wahlen in Amerika sind 30 Millionen wahlberechtigte Stimmen eingetragenen, eine Zahl, die bisher noch nicht erreicht wurde. Nach einem Telegramm der „Kreuzzeitung“ dürften die deutschen Stimmen geteilt sein, nachdem in den letzten Tagen noch beide Parteien energische Anstrengungen gemacht haben, sie für sich zu gewinnen.

Die Anschuldigungen gegen die Münchener Polizei eine Fälschung.

München, 1. Nov. Der Urheber der im Landtag gegen die Münchener Polizeidirektion erhobenen Anklagen, Reichswehrfeldat Dabeler, ebenso sein Spießgefelle Brachner, dem der U.S.P.-Abgeordnete Garbis Anklage im Landtaggebäude gegenüber, verhandelt sich zu Eingeklandenen, die die Münchener Polizei in dieser Angelegenheit vollständig entlasten und sie selbst schwer belastet. Der angebliche Seliger Brachner entpuppte sich dabei als Münchener, aus dem Vorort Daidhausen namens Bracher, der wegen Scholalabschieberien bereits gestraft wird.

Geschäftliche Druckerarbeiten
als
Briefbogen, Mitteilungen, Kouverts, Post- und Avis-Karten, Rechnungen, Geschäfts- und Empfehlungs-Karten, :: :: Preislisten, Adressen usw. :: ::
werden in geschmackvoller Ausführung zu mässigen Preisen angefertigt in der
C. MEEH'schen Buchdruckerei,
Inh. D. Strom.

Neue Bestellungen
auf den täglich erscheinenden „Eustäter“ werden fortwährend von allen Postanstalten und unseren Austrägern entgegengenommen.



Damen- und Mädchen-Bekleidung.
Mäntel, Kostüme, Taillekleider, Röcke, Blusen, Morgen-Röcke, Unterröcke.
C. Berner, Pforzheim
Ecke Metzger- u. Blumenstr.

